

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telex: 886 846 ppbn d  
Telefax: 9 15 20-12

## Inhalt

Franz Müntefering MdB  
zur Notwendigkeit, der  
modischen Attitüde des  
Nichtengagements  
entgegenzutreten: Zum  
Gelingen dieser Repu-  
blik beitragen.

Seite 1

Ute Erdsiek-Rave MdL  
(Kiel) zu Perspektiven  
der Familienpolitik aus  
frauenpolitischer Sicht:  
Die Rollenverteilung zu  
Hause und in der Arbeit  
aufrechnen.

Seite 4

### Dokumentation

Johann Bruns bilan-  
zierte auf dem Parteitag  
der niedersächsischen  
SPD zwei Jahre rot-  
grüne Koalition in Han-  
nover. Auszüge aus  
seiner Rede

Seite 5

47. Jahrgang / 116

22. Juni 1992

### Zum Gelingen dieser Republik beitragen

Zur Notwendigkeit, der modischen Attitüde des Nichtengagements entgegenzutreten

Von Franz Müntefering MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion  
Stellvertretender SPD-Bezirksvorsitzender Westliches Westfalen

Es wäre ein Verhängnis, wenn sich in dieser Phase großer objektiver Schwierigkeiten die Attitüde durchsetzen könnte, es sei vernünftig, nicht politisch engagiert zu sein, nicht Mitglied einer demokratischen Partei zu sein, sich vorsichtshalber aus allem herauszuhalten, nicht wählen zu gehen. Wir ermutigen ausdrücklich all die engagierten Mitglieder unserer Partei, die ihren Beitrag zum Gelingen dieser Republik geleistet haben und dies auch weiterhin tun wollen. Soziale Demokratie ist in der vor uns liegenden Zeit unverzichtbares und lohnendes Ziel.

### 1. Parteien und Parlamente sind unverzichtbare Teile unserer Demokratie

Parteien und einzelne Politiker werden zunehmend kritisch beurteilt. Die Arbeit der Parlamente stößt auf wachsende Skepsis, teils auf Desinteresse. Das trifft besonders Bundestag und Landtage, läßt aber auch den kommunalen Bereich nicht unberührt. Für unsere parlamentarische Demokratie sind dies Alarmzeichen. Angesichts der großen politischen Herausforderungen, mit denen wir in unserem Land jetzt und in den kommenden Jahren konfrontiert sind, ist dieser Vertrauensverlust der Politik (und anderer großer gesellschaftlicher Gruppen) eine Gefahr. Es muß glaubhaft versucht werden, Anlässe für berechtigte Kritik auszuräumen. Vor allem muß gehandelt werden, nicht nur geredet.

Dabei muß die SPD bereit sein - wenn dazu Anlaß ist -, auch in den eigenen Reihen solche zu bremsen und zur Ordnung zu rufen, die mit ihrem Verhalten sozialdemokratische Maßstäbe für den verantwortlichen Umgang mit demokratisch legitimer Macht mißachten. Ein Stück Selbstbesinnung ist nötig. Bei der Kritik spielen das Finanzverhalten der Parteien und die Bezahlung von Politikern und Politikerinnen eine besondere Rolle. Mitglieder des Bezirksvorstandes werden auf dem Bezirksparteitag am nächsten Wochenende in Dortmund für einen Initiativ-Antrag werben, der zum Ziel hat, den vorliegenden Antrag zur "Zukunft des Parlamentarismus" noch zu verdeutlichen und zum Punkt Politik und ihrer Finanzierung für mehr Transparenz zu sorgen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Kemalilerin Unwurz  
ich vermehren Rohstoffe  
Recycling-Papier



Bei der Zukunft unserer Demokratie geht es jedoch um viel mehr: Um Offenheit und Vermittelbarkeit von Politik, um Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, um Differenziertheit der Debatten und Klarheit der Entscheidungen, um Selbstbeschränkung von Politik. Die Organisationskommission des Bezirks Westliches Westfalen arbeitet im Rahmen der Aktion "SPD 2000" an dieser Aufgabe mit, die im übrigen nicht erst jetzt erkannt ist. Zu einem ehrlichen Umgang mit dem Thema "Ansehen von Politik und Parteien" gehört auch, die Leistungen der Parlamente und der Parteien und ihrer Mitglieder für unsere Demokratie zu unterstreichen und die oftmals erfolgreichen Bemühungen der Politik anzuerkennen.

Wir widersprechen deshalb der Lust an der Demontage von Politik und Politikern und Parteien, die zur Zeit im Lande um sich greift. Wo Medienmacht systematisch genutzt wird, Politik in Mißkredit zu bringen und Fehler von einzelnen Personen zu pauschalen Diffamierungen zu nutzen und "die Politiker" abzuqualifizieren, muß dem entgegengetreten werden. Die Rolle der Medien in dieser Demokratie steht mit auf dem Prüfstand. Politiker brauchen permanent kritische Begleitung. Aber sie brauchen auch Unterstützung für ihre Arbeit. Wer es besser weiß und besser kann, soll mitmachen und sich engagieren. Die SPD ist keine geschlossene Gesellschaft.

Es wäre ein Verhängnis, wenn sich in dieser Phase großer objektiver Schwierigkeiten die Attitüde durchsetzen könnte, es sei vernünftig, nicht politisch engagiert zu sein, nicht Mitglied einer demokratischen Partei zu sein, sich vorsichtshalber aus allem herauszuhalten, nicht wählen zu gehen. Die parlamentarische Demokratie und mit ihr die Parteien und die aktiven Politikerinnen und Politiker müssen sich selbstkritisch überprüfen, aber sie haben auch Anlaß, selbstbewußt auf die Erfolge ihrer Arbeit hinzuweisen.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben zum Gelingen dieser Republik wesentlich beigetragen und werden dies auch weiterhin tun. Mögliche Fehler in den eigenen Reihen, die es geben kann oder hämisch-böswillige Kommentierungen in der Öffentlichkeit werden uns von diesem Weg nicht abbringen. Wir sind nicht unfehlbar, aber wir können und wollen dieses Land gut regieren. Dafür werden wir weiterhin um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger werben. Und wir ermutigen ausdrücklich all die engagierten Mitglieder unserer Partei. Soziale Demokratie ist in der vor uns liegenden Zeit unverzichtbares und lohnendes Ziel.

## 2. Europa darf nicht scheitern

Das friedliche Zusammenleben der Völker Westeuropas über inzwischen fast 50 Jahre, die Freizügigkeit im Inneren und der gemeinsame Aufbau eines zuvor nie gekannten Wohlstandes in Europa ist ein epochaler Fortschritt, der nicht gefährdet werden darf. Die Europäische Einigung ist die große Chance, in einer Zeit tiefgreifender Neuorientierungen in diesem Teil der Welt Stabilität und Wohlstand zu erhalten und Kräfte zu bündeln für die riesige soziale und ökonomische Aufgabe, die sich aus den Veränderungen in der Mitte und im Osten und Südosten Europas ergeben. Die Europäische Gemeinschaft muß ihre Einigung festigen und fortentwickeln und sie muß offen sein für eine begrenzte Erweiterung.

Mit der knappen Entscheidung der dänischen Bevölkerung gegen die Maastrichter Verträge ist die Debatte um die Zukunft der EG und darüber hinaus Gesamt-Europa belebt und verstärkt ins öffentliche Bewußtsein getreten. In Deutschland wird entscheidend sein, ob es gelingt, die Ziele der Europäischen Gemeinschaft transparenter zu machen und für die in Maastricht vereinbarten nächsten Schritte die faktische Zustimmung der Menschen zu gewinnen.

Viele, die für die Einigung Europas bisher ein unproblematisches, selbstverständliches Ziel ist, haben zunehmend Fragen und Zweifel. Die westeuropäische Einigung wird konkreter und in ihren Konsequenzen für jeden einzelnen immer spürbarer. Die Idee "Europa" tritt hinter Interessenfragen zurück. Wir haben die Interessen der deutschen Bürgerinnen und Bürger zu vertreten. Das gilt für die Etablierung einer EG-Währung noch in diesem Jahrzehnt, die so vertrauenswürdig sein muß, wie es die DM bis heute ist. Es gilt aber auch für die Demokratisierung der europäischen Institutionen. Es dürfen nicht nationale Rechte aufgegeben werden, die statt bei einem vergleichbar souveränen Parlament bei der anonymen europäischen Administration

oder beim Ministerrat ankommen. Bei all dem spielt auch die rasante Veränderung in der Mitte und im Osten und Südosten Europas eine Rolle und die Frage, ob das vereinigte Deutschland ökonomisch stark genug ist, den Aufbau in Ostdeutschland zu sichern und gleichzeitig die Zusammenarbeit in der EG zu intensivieren und Ost- und Südost-Europa stabilisieren zu helfen. Der Zusammenbruch des kommunistischen Systems und damit verbunden einer scheinbar stabilen osteuropäischen Ordnung verunsichert auch bei uns die Menschen und verstärkt noch die grundsätzliche Tendenz, in Westeuropa die alten Strukturen zu erhalten und keine Änderungen zu wagen, die man in ihrer Tragweite als Experimente empfinden kann.

Das wieder größere Deutschland ist auch aus eigenem Interesse auf eine Einbindung in eine stabile europäische Staatengemeinschaft angewiesen. Der Prozeß der europäischen Einigung darf nicht gestoppt werden. Wir haben deshalb die Erwartung, daß die mit den Maastrichter Verträgen verbundenen Schritte noch gründlicher vermittelt werden und daß die kritischen Fragen, die sich mit diesen Verträgen im einzelnen verbinden, beantwortet werden und nicht verdrängt. Wir fordern keinen Volksentscheid. Aber die Entscheidung der Politik für die Maastrichter Verträge ist nur verantwortbar und auf Dauer tragfähig, wenn sie der Überzeugung der Mehrheit der Bevölkerung entspricht. Für diese Übereinstimmung muß noch geworben werden.

### 3. Asyl- und andere Zuwanderungen als Gesamtkomplex regeln

Unsere Gesetze und einschlägigen Bestimmungen sind auf die große Zahl von Zuwanderungen der unterschiedlichsten Art, wie wir sie in den letzten Jahren erleben, nicht ausgerichtet. Sie erschweren einen pragmatisch-praktischen Umgang mit dem Problem. Die jetzt beschlossene Verfahrensbeschleunigung bei Asylverfahren ist von der SPD initiiert und gewollt. Sie kann aber das Gesamtproblem nur ausschnittsweise berühren und muß deshalb in ihrer Begrenztheit gesehen werden. Auch in den kommenden Jahren werden wir in Deutschland voraussichtlich Zuwanderung in großem Umfang haben, weitaus stärker, als die Aufnahmemöglichkeiten und die Bedingungen am Wohnungs- und Arbeitsmarkt es sinnvoll erscheinen lassen. Die Hilfe in den Herkunftsändern und die Stabilisierung der Situation dort müssen ein Ziel bleiben, auch um Ursachen der Wanderung zu bekämpfen. Sie werden aber nur punktuell und überwiegend erst mittel- bis langfristig wirksam werden können.

Es bleibt dabei, daß viele Asylberechtigte, Kriegs- und Notflüchtlinge, Aussiedler und sonstige Zuwanderer zu uns kommen werden. Wir müssen uns darauf einstellen durch eine Zuwanderungs-Gesetzgebung, die nicht nur einzelne Aspekte des Gesamtproblems behandelt und die unsere nationalen Regelungen sinnvoll in europäische einbindet, sowie durch eine Praxis, die die mit der Aufnahme verbundenen Lasten nicht über Gebühr den Gemeinden und in den Gemeinden nicht den sozial Schwächeren aufbürdet. Politisch Verfolgte müssen bei uns Aufnahme finden, aber das Asylrecht darf nicht von anderen Zuwanderern willkürlich genutzt werden können. So müssen Kriegsflüchtlinge die gesetzlich geregelte Chance haben, sich auf Zeit in Sicherheit zu bringen, ohne sich in ein Asylverfahren zu begeben. Wer als Kriegsflüchtling oder sonstiger Zuwanderer Aufnahme findet, kann aber nicht im Nachhinein hilfsweise Asyl beantragen.

Unsere Erwartung an die SPD-Bundespartei und Bundestagsfraktion ist, daß sie nach gründlicher Materialsammlung und Beschreibung der Optionen bald gemeinsam eine Initiative vorbereiten, die den Bereich Asyl und andere Zuwanderung für die Zukunft umfassend regelt. Es muß schnell eine Praxis wirksam werden können, die bei Wahrung des Asylrechts dafür sorgt, daß die Bevölkerung die Konturen einer sinnvollen Gesamt-Zuwanderungspolitik für Deutschland erkennen und akzeptieren kann. Das muß rechtzeitig vor 1994 gelingen.

(/22. Juni 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Die Rollenverteilung zu Hause und in der Arbeit aufbrechen**  
Zu Perspektiven der Familienpolitik aus frauenpolitischer Sicht

Von Ute Erdsiek-Rave MdL (Kiel)

Frauenerwerbsarbeit wird schlechter entlohnt, wird wegen mangelnder Kinderbetreuung und einem Schulsystem, daß ich als voremanizpatorisch bezeichnen möchte, oder auch aus schlichter Überforderung oft nur in Teilzeit ausgeübt. Nach wie vor haftet der Frauenerwerbsarbeit etwas von der Taschengeldideologie ein. Unser gesamtes Steuer- und Lohnsystem beruht nämlich nach wie vor auf dem Ernährerprinzip, dem Vater als Verdienner und Haushaltsvorstand. Wenn Frauen sich scheiden lassen oder Kinder haben und gar nicht erst heiraten, bekommen sie diese Ideologie in der Praxis zu spüren. Als ökonomische Abhängigkeit und individuelle Armut.

Die Zahl der Sozialhilfeempfängerinnen, die kontinuierlich ansteigt, die Einkommenssituation der Mütter mit kleinen Kindern auf der untersten Stufe der Skala und die Altersarmut von Frauen sprechen eine deutliche Sprache. Und die Familienarbeit? Sie ist mit dem Wandel der Lebensformen, der Erwartungen und Wünsche an Beziehungen und an das Leben mit Kindern mehr und schwieriger geworden. Partnerbeziehung und Ehe sind heute keine aus Vernunftgründen gestifteten Wirtschaftsgemeinschaften mehr. Sie erfordern auch Arbeit, "Beziehungsarbeit", die Frauen allein zu leisten, leid werden. Sie wollen nicht zusätzlich für den Gefühlshaushalt allein verantwortlich sein. Noch überwiegt für Männer scheinbar der Profit dieser Arbeitsteilung, aber auch sie bezahlen dafür mit einem eingeschränkten Gefühlsleben und weniger Glück.

Es mangelt an Vorbildern, insbesondere auch im politischen Leben. Und das bißchen Haushalt? Auch hier gibt es keine Eindeutigkeit mehr. Im Bürgerlichen Gesetzbuch heißt es: "Die Ehegatten regeln die Haushaltsführung im gegenseitigen Einvernehmen." Das klingt nach Gleichberechtigung, aber wir alle kennen die Praxis: Männer verstehen sich allenfalls als mit-helfende Familienangehörige, insbesondere dann, wenn Kinder da sind. Die Ergänzung des Familienrechts um eine eindeutige Verpflichtung zur Familienarbeit für beide Ehepartner ist eine der politischen Forderungen, die die individuellen Regelungen noch nicht ersetzen, aber eine andere Norm vorgeben würden. Die Abschaffung des reinen Ehegattensplittings, das die klassische Rollenverteilung, das Hausfrauendasein in einer Ehe ohne Kinder auch noch belohnt, ist die notwendige und logische Konsequenz. Aber auch hier ist Skepsis angebracht: Die Mehrheiten in den Parlamenten bestehen aus Männern, die eher dringend daran interessiert sein müssen, sich den eigenen Rücken von Familienpflichten freizuhalten - der Druck dafür muß also wieder einmal von den Frauen innerhalb und außerhalb der Parlamente kommen.

Schließlich die Erziehungsarbeit, die heute nach der Gleichung: "immer weniger Kinder gleich immer mehr Erziehung" verläuft. Mit der Geburt eines Kindes wird die Zweierbeziehung radikal verändert. Gleichzeitig nimmt der individuelle Spielraum ab. Gemeint ist nicht der Verlust an Freizeit, Geld und Gemeinsamkeit in der Beziehung zwischen den Partnern, sondern der Mangel an objektiven Möglichkeiten für die gerechte Zuteilung der Rollen und Aufgaben. Erziehungsgeld und -urlaub heißen die hochgepriesenen Errungenschaften der Familienpolitik; wobei der Begriff des Erziehungsgeldes die Entsprechung der Taschengeldideologie beim Erwerbseinkommen der Frauen ist und insofern zutreffend. Der Begriff des Urlaubs allerdings ist - ähnlich übrigens wie beim Bildungsurlaub - ein euphemistischer, verfälschender und die Familienarbeit geringschätzender und ist daher veränderungsbedürftig. In Wahrheit hat diese familienpolitische Errungenschaft fast ausschließlich die Frauen als Adressatinnen. Die Höhe des Erziehungsgeldes richtet sich nach der Konjunktur - auch sie ist ja Verhandlungsmasse im Handel um den Paragraphen 218 - und die Länge des Urlaubs nach dem Arbeitsmarkt und der Bevölkerungsstatistik.

Erziehungsgeld und -urlaub, so wie sie jetzt gestaltet sind, wirken rollenstabilisierend, sind für Männer unattraktiv und verstärken ökonomische Abhängigkeit. Die Nagelprobe liefern wieder einmal die Alleinerziehenden, die Erziehungsgeld und -urlaub nur in Anspruch nehmen können, wenn sie die Sozialhilfeabhängigkeit gleich mit akzeptieren. Auch das Erziehungsgeld beruht also auf dem Ernährerprinzip. Wenn wir die Rollenverteilung im Haus und im

Erwerbsleben aufbrechen wollen, so muß dieses Prinzip aufgehoben werden zugunsten einer ökonomischen Unabhängigkeit der Partner. Die steuerliche Begünstigung der Ehe muß umgewandelt werden in die Begünstigung der Familienarbeit und zwar im Gegensatz zum jetzigen Familienlastenausgleich unabhängig von der Einkommenshöhe.

Radikaler umdenken müssen wir allerdings bei der Bezahlung der Familienarbeit und der Finanzierung des sogenannten Erziehungsurlaubes. Ich halte ein Erziehungsgeld in der Höhe eines Durchschnittseinkommens - und nur so könnten die Rollenzuweisungen aufgebrochen werden - als staatliche Leistung nicht für finanzierbar und für zu stark abhängig von der Konjunktur. Wir sollten vielmehr über Lösungen auf der Basis einer "Kinderversicherung" oder lieber "Elternversicherung", wie sie in Schweden heißt, nachdenken. Alle arbeitenden Erwachsenen wären damit Miternährer aller Kinder und der Personen, die sie erziehen, in einer Art rückwirkendem Generationsvertrag. Diese Forderung mag heute utopisch klingen, aber bei der Forderung nach Kranken-, Alters- oder Arbeitslosenversicherung war es einmal nicht anders. Und auch die Diskussion um die Pflegeversicherung wird hoffentlich bald der Vergangenheit angehören.

Während die Politik noch hinterherhinkt, sind Frauen dabei, Lösungen ins Auge zu fassen. Dazu gehört das, was vieler Orts schon die "Patchwork-Laufbahn" genannt wird. Patchwork heißt Flickwerk, aber auch eine bestimmte Art von Kunsthandwerk nennt sich so und der Vergleich meint eigentlich letzteres. Die Patchwork-Laufbahn ist aus verschiedenen Tätigkeiten zusammengesetzt, aus beruflichen, häuslichen, mütterlichen, nebenberuflichen plus Pausen. Wie wäre es denn, wenn der arbeitende Mensch von morgen seinen Stolz darin setzte, viele verschiedene Dinge zu können und zu tun? Und zwar nicht nur nacheinander, sondern auch nebeneinander, in bestimmten Lebensphasen. Damit dies möglich wird ohne unzumutbare individuelle Risiken, brauchen wir eine Familienpolitik, die glaubwürdig Frauen und Männer als Adressaten hat, die auf Arbeitsteilung statt auf Rollenzuweisung aus ist und die die öffentliche Zuständigkeit für Kindererziehung und -betreuung anerkennt. Und öffentlich: Das heißt nichts anderes als von allen gemeinsam getragen und finanziert. Und wir brauchen eine Arbeitszeitpolitik, die zu begreifen beginnt, daß es außer Dienststunden und Feierabend auch noch Tage und Nächte gibt, in denen die Leute das Leben genießen wollen.

(/22. Juni 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

## DOKUMENTATION

### Johann Bruns: Rot-grün regiert - und für alle ist es normal

Vor zwei Jahren nahm die rot-grüne Koalition in Niedersachsen ihre Arbeit auf. Der niedersächsische SPD-Landesvorsitzende Johann Bruns zog auf dem Parteitag am Wochenende in Wilhelmshaven eine Bilanz. Wir veröffentlichen Auszüge.

Am 21. Juni 1990 wurde Gerhard Schröder Ministerpräsident. Das ist fast auf den Tag genau zwei Jahre her, und wer redet heute noch von Ernst Albrecht? Ich sage das ohne Häme gegenüber seinem Vorgänger, der meine persönliche Wertschätzung hat, und Gerd weiß das auch. Ich sage das nicht gegen jemand, sondern für jemand. Gerhard Schröder übernahm das wichtigste Amt, das das Wahlervotum einem von uns in Niedersachsen anbot. Und er füllte es in einer hervorragenden Weise aus.

Niedersachsen ist kein Skandalland mehr, Niedersachsen ist nicht mehr der Fußkranke in der Wirtschaftsentwicklung unter den Bundesländern, Niedersachsen ist nicht mehr das Null-Mark-Land im sozialen Wohnungsbau, nicht mehr das Lehrstellenabbauland, nicht mehr das häßliche Land mit dem kalten Herzen gegenüber unseren Kindern. Niedersachsen ist nicht mehr das Land der galoppierenden Staatsverschuldung. Niedersachsen ist nicht mehr das Land des Celler Lochs, der Fasanenstaatsjagden an Feiertagen und der Spielbankaffären.

Niedersachsen hat endlich wieder einen guten Namen, es ist als Land mit Weitblick akzeptiert. Man kann sich als Niedersachse wieder sehen lassen überall in der Republik, ohne auf die letzten Skandale angesprochen zu werden, weil es sie nicht mehr gibt. Zwei Jahre Regierung

mit Ministerpräsident Gerhard Schröder - das sind zwei gute Jahre für Niedersachsen gewesen. Und davon müssen noch mehr kommen. Der Parteitag dankt Dir, Gerd, für Deine Arbeit und Deinem Kabinett auch.

(...)

Unsere Regierung hat in den zwei Jahren gute Arbeit gemacht. Es ist wichtig, daß Landesregierung und die Koalition drei Nachweise erbracht haben, die das Urteil der Menschen insgesamt über sie bestimmen werden.

1. Die rot-grüne Koalition erbrachte den Nachweis der politischen Normalität. Es mag erstaunen, daß ich dies als das erste Bewertungskriterium herausstelle.

Rot-grün regiert, und alle Welt empfindet es als normal. Das ist - ich wiederhole mich - das Entscheidende. Das ändert die politische Chemie in der BRD, das ändert die Parlamentsarithmetik radikal - die FDP ist nicht mehr als Zünglein an der Waage, die deutsche Demokratie ist interessanter, vitaler und konstellationsreicher geworden. Rot-grün in Niedersachsen ist kein auslaufendes Modell, sondern stabil und akzeptiert. Das klingt bescheiden, ist in der politischen Wirkung aber viel.

2. Die Regierung und die rot-grüne Koalition haben den Nachweis wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Solidität erbracht. Welch ein Schreckenszenario über den Zusammenbruch der niedersächsischen Wirtschaft haben CDU und FDP vor dem 13. Mai 1990 und auch noch einige Monate danach den Menschen ausgemalt. Und jetzt? Niemals zuvor ging es der niedersächsischen Wirtschaft relativ und absolut besser als unter rot-grün. Ich sage nicht: weil rot-grün regiert. Der Nachweis ist nicht zu erbringen. CDU und FDP haben den Niedergang des Landes vorausgesagt, das Gegenteil trat ein. Ein wichtiger Erfolg unserer Politik.

3. Die Landesregierung und die rot-grüne Koalition haben den Nachweis einer soliden Finanzwirtschaft erbracht. Der Trend der Verschuldung a la Ernst Albrecht und der CDU/FDP ist endlich gestoppt. Das Kabinett hat in diesen Wochen den fünften Landeshaushalt verabschiedet, und die Fraktion ihre Beschlüsse auch. Damit sind dreiviertel der Periode finanzwirtschaftlich verbindlich gestaltet und in der Mittelfristplanung gänzlich durchstrukturiert. Das Ergebnis ist eindeutig: Trotz der von der CDU/FDP-Koalition völlig verausgabten Rücklage 1990, trotz ungedeckter Finanzierung der Mittelfristplanung der alten Landesregierung von 1,6 Milliarden DM, die wir nachschießen mußten, trotz der jährlich mehr als eine Milliarde für die Finanzierung der Einheit, werden die Reformvorhaben dieser Koalition bei abnehmender relativer absoluter Verschuldung finanziert.

Der kreditfinanzierte Anteil des Landeshaushaltes von 8,4 Prozent unter CDU/FDP konnte auf sieben Prozent 1991, 6,3 Prozent 1992, 6,2 Prozent 1993 und 6,0 Prozent 1994 abgesenkt werden. Wer hätte das ausgerechnet von einer rot-grünen Koalition gedacht? Wir können mit dem Geld der Steuerzahler besser umgehen als CDU und FDP. Das wird denen mehr als alles andere an die Nieren gehen. Niedersachsen ist das einzige Land in der Bundesrepublik, das absolut und relativ die Verschuldung senkt. Eine Regierung, die das Geld schlecht macht, macht letztlich alles schlecht. Und darum ist es gut, daß Niedersachsen 1990 eine andere Regierung, eine bessere Regierung bekam.

Ich habe nach der Regierungsübernahme gesagt: "Wir hatten einen demokratischen Regierungswechsel und keine Revolution in Niedersachsen." In der Tat: Es hat keine Revolution stattgefunden. Niedersachsen ist Niedersachsen geblieben, es liegt noch immer da, wo es lag. Mit den vielen Vorzügen und vielen Problemen; seinen Defiziten in der Wirtschaftsstruktur und Steueraufkommen. Aber es geht vielen im Lande etwas besser als vorher, den Kindern, den Schülern und damit den Müttern, vielen Alten, in manchen Bereichen auch der Natur. Sozialdemokraten regieren und haben das Land vorangebracht. Eine gute Bilanz auf unserem Parteitag 1992. Und jetzt arbeiten wir nach erholsamer Sommerpause für den Erfolg 1994. In Hannover und in Bonn.

(-/22. Juni 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*